



Sessionsbericht

Sondersession Nationalrat 2013

Rapport de session

Session spéciale du Conseil National 2013

15. April bis 17. April 2013

Von Iris Grob, Fraktionssekretärin (i.V. Charles Jean-Richard)

Sondersessionen ermöglichen einem Rat, während einer zusätzlichen Session die Geschäftslast etwas abzubauen. Während mit der Behandlung von zwei SVP-Volksinitiativen rechtskonservative Themen die nationalrätliche Agenda an der diesjährigen dreitägigen Sondersession dominierten, tagte der Ständerat nicht. Für die beiden populistischen SVP-Initiativen fanden sich im Nationalrat keine Mehrheiten; beide Vorlagen wurden ohne Gegenvorschläge klar abgelehnt. Die Abtreibungsinitiative der SVP greift – unter dem Vorwand, Gesundheitskosten sparen zu wollen – die Fristenlösung an. Das finanzielle Argument entbehrt dabei jeglicher Grundlage, denn die Kosten für eine Geburt sind höher als jene eines Schwangerschaftsabbruchs. Die SVP und Teile der CVP versuchen hier das Rad der Zeit zurückzudrehen. Ähnlich ist die Ausgangslage bei der SVP-Familieninitiative: SVP und Teile der CVP warben im Rat vergeblich für Subventionen – in der Form von Steuerabzügen – für das traditionelle Familienmodell. Für Liberale ist klar: Das Steuerrecht soll Familien in der Wahl ihrer Rollenteilung nicht beeinflussen. Genau dies würde aber mit der Initiative passieren: Die SVP will in der Verfassung festschreiben, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, zwingend einen gleich hohen Steuerabzug erhalten wie Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen. Mit solchen Abzügen verdampfen jegliche Erwerbsanreize für den zweiten Ehepartner. In den meisten Fällen wären dann Frauen finanziell dazu gezwungen, die Erwerbstätigkeit aufzugeben. Die FDP will das Rad der Zeit nicht zurückdrehen, sondern mutig in die Zukunft blicken und wird beide Initiativen, welche jetzt in den Ständerat gehen, weiterhin entschieden bekämpfen.

Im Rahmen der „Schengen Dublin“ Debatte hat der Nationalrat verschiedene Vorstösse der FDP gutgeheissen. Die Motion «Nulltoleranz für randalierende Asylsuchende» verlangt, dass Asylsuchenden, die sich korrekt verhalten, geholfen wird, während Unruhestifter rückgeschafft werden sollen. Die weiteren Motion zielen darauf ab, die Geschwindigkeit und die Effizienz der Verfahren zu verbessern. Die FDP wird die Umsetzung der Massnahmen gegen den Kriminaltourismus und für den Schutz unserer Grenzen im Auge behalten und wird sich auch in Zukunft für ein sicheres und effizientes Schengen-Dublin-Abkommen einsetzen.

1. SVP-Familieninitiative

Der Nationalrat hat die SVP-Familieninitiative mit 109 zu 74 Stimmen klar abgelehnt. Ein Steuerabzug für die Selbstbetreuung des Nachwuchses ist steuerlich gesehen nicht gerechtfertigt. Das traditionelle Familienmodell soll gegenüber anderen Modellen nicht speziell gefördert werden. Die emotionale Debatte drehte sich unter anderem darum, welches das beste Kindererziehungsmodell sei. Für Liberale ist klar: Das Steuerrecht soll Familien in der Wahl ihrer Rollenteilung nicht beeinflussen. Genau dies würde aber mit der Initiative passieren. Die SVP will in der Verfassung festschreiben, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, zwingend einen gleich hohen Steuerabzug erhalten wie Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen. Die Initiative bricht mit einem Grundsatz des Steuerrechts, dass nur für die Erwerbstätigkeit effektiv anfallende Kosten abgezogen werden sollen. Das hätte zudem Steuer-einbussen beim Bund von 390 Millionen Franken und bei den Kantonen von bis einer Milliarde Franken zur Folge.

Die FDP wehrt sich gegen die ständig wachsende Anspruchshaltung gegenüber dem Staat. Mit der Familieninitiative wird von unerwarteter politischer – nämlich bürgerlicher – Seite in eine Richtung gewiesen, welche traditionell von der Linken beansprucht wird: weg von der Eigenverantwortung – hin zu mehr Staat.

Die FDP engagiert sich für ein Umfeld, in dem Frauen und Männer die gleiche Möglichkeit haben, ihre individuellen Lebensentwürfe zu verwirklichen. Dazu gehört auch die Wahlfreiheit bezüglich der Rollenverteilung innerhalb der Familie. Beide Elternteile sollen Art und Umfang ihres Beitrages an die Familien- respektive Erwerbsarbeit frei bestimmen können. Als liberale Partei bringt die FDP deshalb der traditionellen Familie gleich hohe Wertschätzung gegenüber wie der Familie, in welcher beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

2. Abtreibungsfinanzierung

Das Schweizer Stimmvolk hat sich 2002 mit 72 Prozent Ja-Stimmen für die Fristenregelung und damit für die Finanzierung im Falle eines Schwangerschaftsabbruchs ausgesprochen. Rechts-konservative Kreise wollen nun aber unter dem Scheinargument, eine Abtreibung sei keine Krankheit, Abtreibungen von der Grundversicherung ausnehmen um damit „Kosten zu sparen“. Das finanzielle Argument entbehrt aber jeglicher Grundlage: So sind die Kosten für eine Geburt höher als jene eines Schwangerschaftsabbruchs. Zudem sind die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche mit nur 0,3% der gesamten Gesundheitskosten verschwindend klein. Damit zeigt sich, dass die Initianten weder finanzielle noch gesundheitspolitische, sondern gesellschaftspolitische Ziele verfolgen. Der Schwangerschaftsabbruch soll verteufelt und erschwert werden. Dafür bezeichnen sie sogar Gegner der Initiative als Mittäter bei Abtreibungen – das ist unhaltbar.

Hinter jeder Abtreibung stehen ein persönliches Schicksal und ein schwerer Entscheid. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche ist denn auch, trotz Bevölkerungszunahme, seit Einführung der Fristenregelung nicht angestiegen. Vielmehr hat die Schweiz die tiefste Rate von Abtreibungen. Diese Rate wird die Initiative nicht senken und somit keine Abtreibung verhindern. Stattdessen werden Abtreibungen in die Illegalität und ins Ausland vertrieben, was die Gesundheit der betroffenen Frauen gefährdet.

3. Weitere Geschäfte des Nationalrats

Loi sur la poursuite pour dettes et la faillite. Droit de l'assainissement – Suite à son passage au Conseil des Etats, le Conseil national a traité la révision du Droit de l'assainissement. Tous les amendements souhaités par le PLR ont été adoptés – y compris aux art. 335h - 335k, 361 al. 1 et 362 al. 1, qui concernent les plans sociaux (89:78). Cela rend ce projet, accepté lors du vote sur l'ensemble par 99 voix contre 74, ainsi acceptable. Il est renvoyé à la Chambre haute pour l'élimination des divergences. L'initiative parlementaire Strahm (03.438) sur le même sujet a été classée.

Compétence de conclure des traités internationaux. Application provisoire et traités de portée mineure – Le Conseil national a décidé de restreindre les compétences du Conseil fédéral concernant les traités internationaux et leur application provisoire. Il a suivi la proposition de la majorité de la commission (103:57): il suffira qu'une seule des deux commissions parlementaires compétentes dise "non" pour qu'un accord ne soit pas appliqué provisoirement. Le Conseil des Etats doit encore se prononcer. L'initiative parlementaire Joder (10.457) liée a été classée.

Banken - Der Nationalrat hat die Liquiditäts-Regeln für systemrelevante Banken ohne Gegenstimme gutgeheissen. Inhaltlich basiert die Vorlage auf den Vereinbarungen zwischen der FINMA und den beiden Grossbanken, die seit Sommer 2012 gelten. Systemrelevante Banken müssen gegenüber Liquiditätsschocks besonders robust sein. Über das entsprechende Kapitel der Liquiditätsverordnung muss nun noch der Ständerat entscheiden. Das Parlament hatte im Zuge der "Too-big-to-fail"-Gesetzgebung verlangt, dass der Bundesrat ihm die entsprechenden Verordnungen vorlegt. Die Regelungen zu den Eigenmittelanforderungen und zur Notfallplanung hatten die Räte bereits im Herbst genehmigt.

Littering - Von einem obligatorischen Pfand auf Getränkeflaschen und -dosen gegen Littering hält der Nationalrat weiterhin nichts. Er lehnte die Forderung zum fünften Mal in sechs Jahre ab - diesmal mit 90 zu 58 Stimmen bei 17 Enthaltungen. Nach Ansicht der Ratsmehrheit funktioniert das Recycling-System. Auch die FDP will am bestehenden, sehr gut funktionierenden System nichts ändern. Heute werden 94% Glas, 91% Aluminium und 81% PET wiederverwertet – wahrhaftig weltmeisterliche Quoten. Die Einführung eines Pfandes alleine auf Getränkeflaschen würde dem Littering-Problem auch deshalb nicht entgegenwirken, da Getränkeverpackungen nur einen kleinen Teil (deutlich unter 20%) des achtlos weggeworfenen Abfalls ausmachen.

4. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Ip. Fraktion RL (Sprecher NR Ph. Müller) Stellensuche und Sozialtourismus

Die Wirtschaftslage in den Krisenstaaten der EU hat eine innereuropäische Wanderung von Armutsflüchtlings ausgelöst. Stellensuchende aus Südeuropa kamen bereits letztes Jahr aufs Geratewohl in die Schweiz und schlugen auf Campingplätzen ihre Zelte auf, um hier nach Arbeit zu suchen. Das BFM versprach damals, dieses Phänomen „im Auge zu behalten“. Zwischenzeitlich hat sich die Lage in den Krisenstaaten der EU zugespitzt und der Sommer steht vor der Tür.

Es stellen sich folgende Fragen:

1. Teilt der Bundesrat die Meinung, dass diese Entwicklung nicht bloss „im Auge behalten“ werden sollte und ist er gewillt, wirksame Massnahmen zur Verhinderung dieser negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit zu ergreifen?
2. Teilt er die Auffassung, dass Arbeitssuchende in der EU über ihre Chancen auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt mit Informationskampagnen aufzuklären sind und im Einzelfall die Chancenberatung unmittelbar nach der Einreise beginnen sollte?
3. Ist er bereit, hierzu das Meldeverfahren bei der Beherbergung von Ausländern zu verfeinern und die Stellensuchenden im ZEMIS zwecks Kontrolle der Einreise- und Aufenthaltsvoraussetzungen zu erfassen?
4. Ist er bereit, die ZEMIS-Verordnung so zu ergänzen, dass die kantonalen und kommunalen Arbeitsmarkt-, Sozialhilfe- und weiteren Behörden ihre Kenntnis über EU-Stellensuchende unverzüglich zu melden haben?
5. Teilt er die Meinung, dass EU-Stellensuchenden Sozialhilfeleistungen kategorisch zu verweigern und sie hierfür an ihre Botschaften zu verweisen sind?
6. Ist er auch gewillt, Regierungen von Kantonen, die trotzdem Sozialhilfe gewähren, über die negativen Folgen einer solchen Praxis aufzuklären?

7. Ist er auch der Auffassung, dass EU-Stellensuchende, die nicht über hinreichende finanzielle Mittel zur Deckung eines menschenwürdigen Lebensstandards verfügen, einen Ausweisungstatbestand erfüllen und konsequent zur Ausreise anzuhalten sind?
8. Ist er bereit, die Auswirkungen des Rechts auf Stellensuche auf die Arbeitsmarktpflege und die Sozialwerke im Rahmen eines Monitorings zu überwachen und darüber periodisch Bericht zu erstatten?
9. Bestehen Kontakte zu anderen EU-Staaten, die ebenfalls mit einer möglichen Zunahme der Armutsmigration konfrontiert sind? Gibt es eine Koordination mit den Herkunfts- und den Zielländern der Armutsmigration?